



Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XXI. Wahlperiode

Ursprung: Mündliche Anfrage
Ursprungsinitiator: SPD, Jahke, Franziska

Drs. Nr.: 1298/XXI
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
17.04.2024	BVV	BVV/030/XXI	beantwortet

Mündliche Anfrage

Schulgewalt kein Thema für das Jugendamt?

Ich frage das Bezirksamt:

1. Treffen Presseberichte zu, dass keine Vertreter*innen des Jugendamts an den Schulhilfekonferenzen teilnehmen und wenn ja, was sind die Gründe dafür?
2. Welche Maßnahmen plant das Jugendamt, um den Schulen bei Krisen im Umgang mit schwierigen Schüler*innen Hilfestellung zu geben?

Berlin-Neukölln, den 15.04.2024

SPD, Frau Jahke, Franziska

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:

	CDU	SPD	Grüne	Die Linke	AfD
<input type="checkbox"/> über Konsensliste	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Einstimmig	NEIN <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	ENTH. <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ergebnis:

beschlossen mit Änderung
 zurückgezogen
 überwiesen in den Ausschuss für _____ (federführend)
 zusätzlich in den Ausschuss für _____
 beantwortet schriftlich
 Kenntnis genommen abgelehnt gewählt
 vertagt gegenstandslos
 GB I/BzBm GB II/BiKuSport GB III/Ord GB IV/StadtUmVer GB V/SozGes GB VI/Jug

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 17.04.2024

Lfd. Nr. : 9.6

Drs. Nr. : 1298/XXI

nachrichtlich den Fraktionen
der CDU, SPD, Grüne, LINKE, AfD

schriftlich :

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Schulgewalt kein Thema für das Jugendamt?

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Jahke,

das Bezirksamt beantwortet Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Die Presseberichte sind nichtzutreffend. Das Jugendamt musste am 23.02.2024 die Neuköllner Schulen darüber zu informieren, dass aufgrund der angespannten personellen Situation im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst bis mindestens zum 31.08.2024 Notfallmaßnahmen getroffen werden mussten. Dies war notwendig um sicherzustellen, dass alle Aufgaben rund um den Kinderschutz gesichert sind. Davon wurde so auch in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2024 durch die Bezirksstadträtin für Jugend berichtet.

Grund hierfür ist der allgemeine Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit, der es dem Jugendamt Neukölln nicht mehr möglich macht, freiwerdende Stellen im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) immer zeitnah nachzubesetzen. In den Wintermonaten dieses Jahres verschärfte sich die Situation, da zeitweilig über 10 % der Stellen unbesetzt waren. Aufgrund der fortlaufenden Neueinstellungen (die Fluktuation ist in allen Bereichen der Jugendhilfe hoch) befinden sich viele Kolleg:innen in der Einarbeitung. Erschwerend kommen mittel- und langfristige Abwesenheiten hinzu. Dies führt zu einer hohen Belastung der Mitarbeiter:innen des RSD, die es unumgänglich macht, Maßnahmen zu ihrer Entlastung zu veranlassen.

Den Schulen wurde daher mitgeteilt, dass die Mitarbeiter:innen des RSD mindestens bis zum 31.08.2024

- keine offenen persönlichen Sprechstunden mehr vorhalten können und stattdessen Termine mit Familien nur noch nach telefonischer Verabredung ermöglichen.
- telefonisch lediglich in den - nunmehr telefonischen - Sprechzeiten Dienstag 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und Donnerstag 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr gesichert erreichbar sein können.
- nicht mehr regelhaft an Schulhilfekonferenzen teilnehmen werden. Sollten die Mitarbeiter:innen des RSD einschätzen, dass eine Beteiligung aus sozialpädagogischer Sicht des RSD (z.B. Kinderschutzgründen) notwendig ist, werden sie eine Teilnahme sicherstellen. Sollte dies nicht der Fall sein, bittet das Jugendamt die Mitarbeitenden der Schulen darum, im Nachgang der Schulhilfekonferenz Kontakt zum RSD aufzunehmen, sofern sie zu einer Einschätzung über einen weitergehenden Jugendhilfebedarf gekommen sind. Es wäre dann wünschenswert, diese Einschätzung ggf. schriftlich zu erhalten und einen gemeinsamen Termin mit den Eltern im Jugendamt zu vereinbaren.
- Beratungswünsche und Anträge auf Hilfe zur Erziehung nur zeitverzögert innerhalb der 3-Monatsfrist bearbeiten können.

Das heißt konkret:

Jugendamtsmitarbeiter:innen nehmen an Schulhilfekonferenzen teil, sofern dies nach ihrer Einschätzung (z.B. im Kinderschutzfall) notwendig ist. Sollten sie nicht teilnehmen können, werden Sie trotzdem die Beratung der Familien mit den ihnen gemeldeten Bedarfen aus Sicht der Schule aufnehmen und ggf. gemeinsame Hilfekonferenzen im RSD durchführen.

Die Bearbeitung von Krisen- und Kinderschutzfällen ist gewährleistet. Der tägliche telefonische Tagesdienst der Teams ist wie bisher erreichbar, auch E-Mails und Faxe erreichen das Jugendamt gesichert. Die Kinderschutz-Hotline ist weiterhin täglich von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr besetzt.

Zu 2.:

Für die Unterstützung von Schulen im Umgang mit Krisen rund um herausfordernde Schüler:innen steht das Schulpsychologische und Inklusivpädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum Neukölln (SiBuZ) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Verfügung.

Das Jugendamt kommt seiner Aufgabe der Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Hilfebedarf (Hilfe zur Erziehung oder Eingliederungshilfe) nach wie vor nach (siehe Antwort zu 1.). Die Bearbeitungszeiten im sogenannten Leistungsbereich können im Einzelfall etwas länger als gewöhnlich sein, da die Bearbeitung von Kinderschutzfällen Priorität haben muss.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sarah Nagel
Bezirksstadträtin